

Rückschau 2 Aktionswoche von „AufRecht bestehen“ vom 23. – 31.10.2023

Der Armut endlich den Kampf ansagen!

Bonn

Gruppen:

- Arbeitslosengruppe im DGB KV Bonn/Rhein-Sieg

Aktivitäten:

27.10. Standkundgebung auf dem Münsterplatz



2001^{???}!

**Euro monatlich mehr sofort
für Alle**

Das ist das Mindeste Hubertus !!!

Kundgebung
Freitag
27.10.'23 16.30 Uhr
Bonn Münsterplatz

1.99 Die Experten sind sich einig



ARMUT BEKÄMPFT MAN NICHT,
INDEM MAN ARMUT BEKÄMPFT.

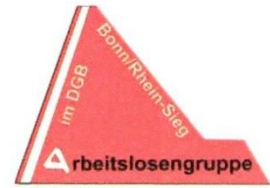
RICHTIG!
DAS FÜHRT NUR DAZU, DASS DIE
ARMEN NICHT MEHR SO ARM SIND UND
DANN NICHT MEHR FÜR DEN
MINDESTLOHN ARBEITEN WOLLEN.

ARMUT BEKÄMPFT MAN DADURCH,
DASS MAN DIE WIRTSCHAFT MAXIMAL
FÖRDERT.

SO DASS NEUE MINDESTLOHN-
ARBEITSPLÄTZE ENTSTEHEN, IN
DENEN DIE ARMEN ARBEITEN WOLLEN
MÜSSEN.

www.grosser-witz.de

Auf
Recht
bestehen



61 € Regelsatzerhöhung sind ab dem 01.01.24 vorgesehen. Nach Berechnungen des paritätischen Wohlfahrtsverbandes sind für eine existenzsichernde Leistung **200 €** erforderlich.

Kürzungspolitik ist Angriff auf den Sozialstaat

Mit ihrem kürzlich dem Bundestag vorgelegten Haushaltsentwurf für 2024 hat die sich als „Fortschrittskoalition“ inszenierende Ampelregierung nunmehr einen Großangriff auf die Fundamente der sozialstaatlichen Errungenschaften eingeleitet:

Während ein Fünftel aller geplanten staatlichen Ausgaben in militärische Zwecke fließen, ist insbesondere der Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich von enormen Kürzungen und Einsparungen betroffen. So ist u.a. vorgesehen, beim Wohngeld um 16 Prozent zu kürzen, beim BAföG um ganze 24 Prozent, beim Bundesfreiwilligendienst (BFD) fallen 35.000 BFD-Stellen dem Rotstift zum Opfer. Bei der Migrationsberatung sollen 33 Prozent, bei den Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätten sogar 77 Prozent gekürzt werden.

Wir wenden uns gegen die Politik der Schuldenbremse, die genutzt wird für den Angriff auf den Sozialstaat und als Begründung für mangelnde Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge dient. Wie unglaublich das ist, zeigt unter anderem das 100-Milliarden-„Sondervermögen“ für die Bundeswehr (Schattenhaushalt). Hartnäckig verweigert die Bundesregierung dagegen Steuererhöhungen auf unter anderem große Vermögen und Erbschaften.

Die geplante Kürzungspolitik im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich ist ein Angriff auf den Sozialstaat, der uns alle betrifft! Ohne sozialen Zusammenhalt werden Grundfeste der Demokratie untergraben und damit rechten Kräften Vorschub geleistet.

Wir können diesen Angriff nur gemeinsam abwehren. Organisiert Euch und kommt mit uns auf die Straße: Ein klares Nein gegen diese Politik!

Wir fordern:

- Rücknahme aller Kürzungen im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich
- Sofortige Erhöhung der Grundsicherungsleistungen für alle hier Lebenden und Übernahme der Energiekosten in voller Höhe
- Eine Kindergrundsicherung, die alle Kinder und Jugendliche wirksam aus der Armut holt
- Deutliche Erhöhung des Mindestlohns und eine armutsfeste Mindestrente
- Ausgrenzungen und Diskriminierungen verhindern: Migrationsberatung ausbauen statt kürzen
- Ausbau der Daseinsvorsorge statt Kürzung und Privatisierung
- Förderung und Schaffung bezahlbaren Wohnraums, insbesondere von Sozialwohnungen, und einen wirksamen Mietenstopp
- Krankenhausschließungen verhindern - stattdessen Rekommunalisierung von Kranken- und Pflegeeinrichtungen

Weitere Informationen auf: <https://www.erwerbslos.de/aktivitaeten>

Die Alogruppe trifft sich jeden 2. Donnerstag im Monat um 18:00 Uhr im DGB-Haus, Endenicher Str. 127, 53125 Bonn – Alle sind herzlich eingeladen

V.i.S.d.P.: Alo-Gruppe im DGB KV BN/Rhein-Sieg Kreis c.o. U.Franz, Marie-Curie-Str. 16, 53125 Bonn

Münster

Gruppen

- DKP Münster
- SDAJ

Aktivitäten

27.10. Verteilen von Flugblättern auf dem Haman-Platz

„Der Armut den Kampf ansagen!“



Armut ist kein unvermeidbares Übel. Armut ist die Folge zunehmender sozialer Ungleichheit und diese Ungleichheit ist gemacht. In Deutschland ist sie das Ergebnis der Sozialpolitik der letzten Jahrzehnte. Sie kann aber auch wieder beseitigt werden. Geld ist genug da. Die Frage ist: Wofür geben wir es aus?

Im Haushaltsentwurf 2024 der Ampel-Regierung wird erstmals die NATO-Verpflichtungen des 2%-Ziels umgesetzt. Mit über 85 Milliarden schösse der Rüstungshaushalt der Bundesrepublik an die europäische Spitze und hätte sich in den vergangenen 10 Jahren verdoppelt. Bezahlen darf diesen Rüstungswahnsinn die Bevölkerung, insbesondere diejenigen, die im Niedriglohnsektor beschäftigt sind, die ihr Leben mit staatlichen Alimentationen oder von niedrigen Renten bestreiten. Rigoros werden Sozialleistungen und die Bereitstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge gekürzt oder gestrichen. Das Geld fehlt in allen Bereichen des täglichen Lebens: in Schulen und Kitas, im Gesundheitswesen und bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraum. Die Liste des sozialen Kahlschlags ließe sich lange fortsetzen. Dementgegen fahren die Energie- und Rüstungskonzerne in Zeiten hoher Inflation, Krieg und Krise Rekordgewinne ein.

Die meisten Menschen müssen die hohe Inflation mit eigenen Mittel bewältigen. Immer mehr sind dadurch von Armut bedroht. Gleichzeitig werden Subventionen für die Industrie bereitwillig und in großem Umfang gewährt. Diese Subventionen sind eine weitere Umverteilung von unten nach oben. Die Ampelkoalition entspricht damit den Interessen der Unternehmen, nicht der Lohnabhängigen. Verluste gehen auf Kosten der Beschäftigten und der Allgemeinheit, während Gewinne an die Aktionäre ausgeschüttet werden.

Die bundesweite Initiative „**Auf Recht bestehen**“ ruft zu Protestaktionen auf. Dem schließen wir uns als DKP an. In der laufenden Aktionswoche vom 23. – 31.10.2023 setzen wir uns ein

- für eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns,
- für armutsfeste Sozialleistungen, wozu eine Erhöhung des Regelsatzes um 61 Euro nicht ausreicht,
- für Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge, etwa kostenfreier Bildungs- und Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche,
- gegen weitere Privatisierung und Profitmaximierung,
- gegen die geplante Schließung von Krankenhäusern,
- gegen steigende Rüstungsausgaben.

So können wir der Armut endlich den Kampf ansagen!

Weitere Informationen zu „Auf Recht bestehen“ und der Aufruf zur Aktionswoche sind unter www.erwerbslos.de zu finden.

*Auf Recht
bestehen*



Kontakt & weitere Infos: muenster.dkp.de

*V.i.S.d.P.: Ansgar Schmidt, Am Hawerkamp 31,
48155 Münster*



Reinheim

Gruppen:

- Reinheimer Erwerbslosengemeinschaft e.V. (REGE)
- ver.di Erwerbslosenausschuss Darmstadt

Aktivitäten:

Infostand in der Bergstraße



Aktion am 28. Oktober 2023 in Rheinheim bei Darmstadt

DER ARMUT ENDLICH DEN KAMPF ANSAGEN!

*Auf Recht
bestehen*

Dortmund

Gruppen:

- Sozialforum Dortmund
- DGB Stadtverband Dortmund
- Kinderschutzbund
- Bündnis 'Genug ist genug'
- ver.di Erwerbslosenausschuss

Aktivitäten:

30.10. Infostand sowie Kundgebungen vor Parteibüros von SPD, FDP und Grünen

Weltspartag 2023: Kein Sparen an unseren Kindern!

Jedes dritte Kind in Dortmund gilt als arm. Da wirkt das bekannte Spartag-Motto "Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not" wie ein Hohn. Kinder aus armen Familien haben nichts zum Sparen. Genauso wenig wie ihre Eltern. Schlimmer noch: Sie sind häufig überschuldet. Und Kinder wie Eltern vielfach von Ausgrenzung und Stigmatisierungen betroffen.

Wir hatten den diesjährigen Weltspartag (30.10.) mit Bedacht ausgewählt, um vor der hiesigen Sparkassenzentrale auf die wachsende Armut aufmerksam zu machen und bedarfsdeckende Hilfen, insbesondere für Kinder, zu fordern.

Es ist eigentlich ja eine gute Idee, für Kinder und Heranwachsende eine eigenständige Absicherung in Form einer Kindergrundsicherung zu schaffen und sie damit aus der Armut zu holen. Wohlfahrtsverbände und Kinderschutz-Organisationen fordern das schon seit Jahren. Selbst Familienministerin Lisa Paus (Die Grünen) hatte das ursprünglich verkündet.

Doch der kürzlich vorgelegte Gesetzentwurf der Regierung löst dieses Versprechen schon vom Ansatz her nicht ein. Die Bedarfssätze für Kinder sollen die gleichen bleiben wie beim Bürgergeld. Und nach unseren Berechnungen hätten Familien mit der geplanten Kindergrundsicherung bei etlichen Konstellationen sogar weniger Geld zur Verfügung als jetzt mit Kinderzuschlag bzw. Bürgergeld.

Ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt: Viele nichtdeutsche Kinder und Jugendliche werden sogar ganz von der geplanten Grundsicherung ausgeschlossen.

Deshalb hat das Sozialforum Dortmund zusammen mit Leuten vom DGB, attac, Kinderschutzbund und anderen an diesem „Weltspartag“ gegen den Gesetzentwurf der Regierung demonstriert. Der kleine Demozug bewegte sich am Montagnachmittag kreuz und quer durch die Dortmunder City, dabei die hiesigen Vertretungen der drei Berliner Ampelparteien ansteuernd. Vor den Türen der Parteibüros gab es jeweils eine Kundgebung, mit Redebeiträgen von Vertretern der am Aktionsbündnis beteiligten Organisationen.

Den 3 Parteien war zuvor die Möglichkeit angeboten worden, direkt vor Ort Stellung zu nehmen - ein Angebot, von dem jedoch nur die Grünen Gebrauch machten (von FDP und SPD gab es entweder gar keine Reaktion oder eine freundliche Absage). Im Namen ihres Kreisverbandes betonten die beiden Grünen Luis Hotten und Marek Paul Kirschniok, dass der Gesetzentwurf immerhin ein Anfang sei. Ein wirksamer Schutz vor Armut könne erst dann gelingen, wenn es eine bedarfsgerechte Ermittlung des kindlichen Existenzminimums gebe. Diese sei leider zunächst verschoben worden. Trotzdem greife die Kindergrundsicherung das Problem strukturell an und lege so den Grundstein für mehr Geld bei weniger Bürokratie.

Ihre Einlassungen sorgten für längere erregte Diskussionen vor den Türen der grünen Geschäftsstelle. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die schriftliche Stellungnahme des Sozialforums zur geplanten Kindergrundsicherung sowie eigene Beispielrechnungen überreicht, verbunden mit dem Angebot an die Grünen, das Gesetzesvorhaben gemeinsam weiter zu besprechen. Vorerst blieb es jedoch beim Dissens zwischen Demonstranten und den KV-Vertretern bei der Gesamtbewertung des Gesetzentwurfs: Für die einen war noch gar nicht eingesehen worden, für die anderen, die KV-Vertreter, das Glas immerhin schon halbvoll...

Unser „Spaziergang“ durch die City endete gegen 17 Uhr an der Hauptstelle der Sparkasse, wo er 2 Stunden zuvor auch begonnen hatte. Das Wetter war uns gottlob gnädig geblieben. Erst beim Abbau setzte ein beharrlicher Nieselregen ein.

Es war eine gute Aktion, auch wenn sie mehr Aufmerksamkeit verdient hätte. Wir sollten am Thema dranbleiben!

Wenn allerdings nicht noch wesentliche Verbesserungen an dem Gesetzentwurf durchzusetzen sind, wäre es vielleicht ehrlicher, von dem Projekt Kindergrundsicherung komplett Abstand zu nehmen.

Beteiligte Organisationen: Sozialforum Dortmund, DGB Stadtverband Dortmund, Kinderschutzbund, Bündnis 'Genug ist genug' und der Erwerbslosenausschuss von ver.di

Beigefügt das Flugblatt, das während der Aktion am 30.10. verteilt wurde, einige Aufnahmen sowie die anschließende Presseerklärung des Sozialforums.

Dortmund, den 14.11.23





Pressemitteilung

Weltspartag: Kein Sparen an unseren Kindern!

Ein kleiner Zug von Demonstranten zog gestern Nachmittag (Montag) durch die Dortmunder City. Aus seiner Mitte war immer wieder der Ruf „Kein Sparen bei den Armen, streichen bei den Reichen!“ zu vernehmen, so dass sich manche Passanten auf dem Westenhellweg erstaunt umsahen. Anlass der kleinen Demonstration war der sog. Weltspartag, an dem die Kleinen früher zum Sparen angehalten wurden – heute eher ein Anlass, über die Armut nachzudenken.

Fast jedes dritte Kind wächst in Dortmund unter Armutbedingungen auf. Das ist in der Tat schwer zu ertragen, denn alle wissen: Armut hat für die betreffenden Kinder Folgen. Wer in der Klasse wegen Armut gemobbt wird, zieht sich häufig in sich zurück, hat später mitunter mit psychischen Problemen zu kämpfen. Wo das Geld für eine gesunde Ernährung zu knapp ist, drohen Kindern auf Dauer gesundheitliche Schäden. Und ohne gute Kinderschuhe keine gesunde Entwicklung der Füße.

Jedes Kind ist gleich viel wert!

Von daher sei es eigentlich eine gute Idee, für Kinder und Heranwachsende eine eigenständige Absicherung in Form einer besonderen Kindergrundsicherung zu schaffen. In der u.a. auch frühere Leistungen gebündelt werden. Doch nach Meinung der Demonstranten löst der kürzlich vorgelegte Gesetzentwurf der Regierung dieses Versprechen schon vom Ansatz her nicht ein. Die Bedarfssätze für Kinder sollen die gleichen bleiben wie beim Bürgergeld. Und dort, wo rechnerisch ein Mehr an Leistung für das einzelne Kind herauskommt, werde es in vielen Fällen an anderer Stelle gleich wieder vom Haushaltseinkommen der Familie abgezogen. Ein weiterer Kritikpunkt: Manche Kinder bzw. Jugendliche, insbesondere solche mit ungeregeltem aufenthaltsrechtlichen Status, sollen sogar ganz von der geplanten Grundsicherung ausgeschlossen werden.

Angemeldet war die Demonstration von einem Bündnis aus Sozialforum, DGB, Kinderschutzbund Dortmund und einigen anderen mehr. Vor der hiesigen Büros der drei Berliner Regierungsparteien legte der Zug jeweils eine Zwischenkundgebung ein. Doch nur die Dortmunder Grünen machten von der Einladung an die drei Parteien Gebrauch, direkt vor Ort zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen. Im Namen des grünen Kreisverbandes betonten die beiden Vertreter, Luis Hotten und Marek Paul Kirschniok, dass der Gesetzentwurf immerhin ein Anfang sei. Ein wirksamer Schutz vor Armut könne erst dann gelingen, wenn es eine bedarfsgerechte Ermittlung des kindlichen Existenzminimums gebe. Diese sei leider zunächst verschoben worden. Trotzdem greife die Kindergrundsicherung das Problem strukturell an und lege so den Grundstein für mehr Geld bei weniger Bürokratie.

Glas noch leer oder schon halbvoll?

Worin sich die DemonstrantInnen und die KV-Vertreter nicht einig waren: Für die einen war noch gar nicht eingegossen, für die anderen das Glas immerhin schon halbvoll. Es müsse nur noch mehr Druck aus der Gesellschaft geben (Kirschniok), um fortschrittliche Forderungen innerhalb der Regierung zu bestärken. Am Ende ging man freundlich grüßend auseinander. Der „Spaziergang“ endete gegen 17 Uhr an der Katharinenstrasse, wo er 2 Stunden zuvor auch begonnen hatte.

Beigefügt das Flugblatt, das während der gestrigen Aktion verteilt wurde. Die Dortmunder Aktion fand im Rahmen der bundesweiten Aktionswoche des Bündnisses „AufRecht bestehen“ gegen Armut statt.

Sozialforum Dortmund 31.10.23

Website des Sozialforums: <http://agora.free.de/sofodo>

Mehr zum Bündnis „AufRecht bestehen“ unter www.erwerbslos.de



Heute ist „WELTSPARTAG“!

Spare in der Zeit, so hast Du in der Not. So lautete ein bekanntes Sprichwort.

Doch: Kinder aus armen Familien haben nichts zum Sparen. Genau so wenig wie ihre Eltern.

Schlimmer noch: Diese Kinder und Eltern sind vielfach von Ausgrenzung und Stigmatisierungen betroffen.

Jedes dritte Kind in Dortmund gilt als arm und erlebt am eigenen Leib, was Armut und soziale Ausgrenzung bedeuten. Damit gehört unsere Stadt zu den traurigen Spitzenreitern im NRW-Vergleich (Platz 5).¹

Die Bundesregierung behauptet, mit der geplanten neuen „Kindergrundsicherung“ würde sich alles ändern. Kinderarmut werde nach und nach verschwinden. Doch alle haben es verfolgen können: Im Streit um die Finanzierung musste Familienministerin Paus am Ende klein beigeben. Statt der von ihr - als Ausstattung für die neue Grundsicherung – vorgesehenen 12 Mrd. Euro pro Jahr konnte sie dem Finanzminister gerade mal **2,4 Mrd. €** abtrotzen. **Ein Fliegenschiss im Verhältnis zu dem, was nötig wäre!**

Eine Schande ist das. Es soll also weiter an den Kindern gespart werden. Weil anderes angeblich wichtiger sei. Doch ohne uns! Wir protestieren!

Kein Sparen an unseren Kindern !

Denn wir wissen: **Armut hat Folgen.**

- Wer in der Klasse wegen Armut gemobbt oder geschnitten wird, hat später oft psychische Folgen.
- Wer als junger Mensch keinen Computer hat, kann ihn später schlecht beruflich nutzen .
- Wer kein Instrument lernen kann, wird später kein Musiker.
- Ohne gute Kinderschuhe keine gesunde Entwicklung der Füße.
- Ohne ausreichende Schulsachen schlechtere Bildungschancen.
- Wer nur mit armen Kindern spielt, knüpft keine Kontakte zum Aufstieg!
- Mit 15 € monatlich für Teilhabe geht weder Musikunterricht noch Kultur.
- Wem Geld für eine gesunde Ernährung fehlt, wird später eher krank!

Und die Armut kommt teuer. Die **Folgekosten** von Kinderarmut für die Gesellschaft betragen bis zu 130 Milliarden Euro jährlich!²

Die Kinder sind unsere Zukunft !

Wir alle versuchen, es unseren Kindern so gut wie möglich zu machen – aber das Geld reicht bei vielen nicht für den ganzen Monat und schon gar nicht, wenn besondere Ausgaben anstehen!

Das Kindergeld (250 €) wird nach dem Gießkannenprinzip auch an Reichere verteilt. Richtig Reiche bekommen sogar noch mehr: bis zu 354,16 Euro € Steuerentlastung je Kind und Monat durch den Kindersteuer-freibetrag. Das gehört abgeschafft!

¹ Bertelsmann-Stiftung, Factsheet „Kinder- und Jugendarmut in Deutschland“, Januar 2023

² Clarke, C., Bonnet, J., Flores, M., & Thévenon, O. (2022). The economic costs of childhood socio-economic disadvantage in European OECD countries. OECD Papers on Well-Being and Inequalities (No. 9, Nov. 2022).

Siehe dazu auch <https://www.diakonie.de/pressemitteilungen/gutachten-zur-kindergrundsicherung-wer-bei-den-kindern-spart-zahlt-spaeter-drauf>

Kindergeld, Unterhalt und Unterhaltsvorschuss kommen bei armen Kindern nicht an – denn die Zahlungen werden auf das Bürgergeld und nach den Plänen der Regierung künftig auch bei der Kindergrundsicherung angerechnet!

Auch die Einführung des Bürgergelds hat nicht zu einer bedarfsdeckenden Erhöhung der Regelsätze geführt. Ob es nun Hartz IV, Bürgergeld, Sozialhilfe oder wie auch immer heißt – der Name allein tut es nicht: Das Geld muss reichen, den Bedarf zu decken!

Und mit zur Wahrheit gehört, dass auch die Löhne der Inflation hinterherhinken. Wer nur den Mindestlohn von 12 € brutto verdient, muss häufig zur Aufstockung Sozialleistungen beantragen, um irgendwie klar zu kommen. Im Frühjahr 2023 waren rund 1/5 aller erwerbsfähigen SGB II-BezieherInnen sog. „Aufstocker“ - also Menschen, die ihr Erwerbseinkommen mit Bürgergeld aufgestockt haben.³ Ein Unding - von Arbeit sollte man leben können!

Die geplante Kindergrundsicherung: ein schlechter Scherz!

Die Regierungen weigern sich seit vielen Jahren, den altersgerechten Bedarf der Kinder wirklich zu ermitteln, obwohl sie bereits 2010 durch das Bundesverfassungsgericht dazu angehalten wurden.⁴ Und es sieht ganz danach aus, als wolle auch die Ampel an dieser Weigerung festhalten. Modellrechnungen zeigen, dass durch die geplante Kindergrundsicherung am Ende kein Kind und keine Familie finanziell besser dastehen würde als zuvor mit Kinderzuschlag bzw. Bürgergeld. Kinder von Asylbewerbern sollen laut Gesetzentwurf sogar ganz ausgeschlossen bleiben...

Geld ist genug da! Milliardäre werden immer reicher und 100 Milliarden Euro gibt's für die Rüstung. Das muss sich ändern! **Wenn schon sparen, dann bei den Reichen!**

Wir fordern eine Kindergrundsicherung, die alle Kinder und Jugendliche wirksam aus der Armut holt!

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat den Regelsatzbedarf für Alleinstehende mit 725,00 € für 2023 und mit 813,00 € für 2024 errechnet, zuzüglich Unterkunft, Heizung und Stromkosten.⁵

Daraus ergeben sich für Kinder und Jugendliche in etwa folgende monatlich notwendigen Leistungen:

| Regelbedarfe nach Alter | Bedarf 2024 | stattdessen angekündigt ⁶ |
|---|-------------|--------------------------------------|
| 0 – 5 Jahre alt | 512,00 € | 357,00 € |
| 6 – 13 Jahre alt | 561,00 € | 390,00 € |
| 14 – 17 Jahre alt | 675,00 € | 471,00 € |
| 18 Jahre und älter, im Haushalt der Eltern lebend | 650,00 € | 451,00 € |

Auf Recht bestehen

GENUG! DORTMUND

ver.di



Der Kinderschutzbund Ortsverband Dortmund

DGB

sozial forum dortmund

V.i.S.d.P. Helmut Szymanski, Sozialforum Dortmund, Huckarder Str. 12, 44147 Dortmund. Webadresse Sozialforum <http://agora.free.de/sofodo>

³ s. Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit für September 2023, Tab. 6.5. Die absolute Zahl der Aufstocker*innen betrug etwa 800.000.

⁴ s. Bundesverfassungsgericht, Urteil des Ersten Senats vom 9.2.2010 - 1 BvL 1/09 -

⁵ s. „Regelsätze bleiben Armutssätze“ - PM des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes v. 29. 8. 2023

⁶ „Höhere Regelbedarfe in der Sozialhilfe und beim Bürgergeld“, PM des Bundesarbeitsministeriums v. 13.9.2023

Wer bei den

Arbeitslosen kürzt,
drückt auch die Löhne.



Koordinierungsstelle
gewerkschaftlicher
Arbeitslosengruppen